

Newsletter Kernenergie April 2025

Dem Kniefall vor der Anti Atom Ideologie folgen Ignoranz, Realitätsverlust und Größenwahn

Nach der klaren Entscheidung von 60 Prozent der Wähler gegen eine bedingungslose Fortsetzung der rot grünen Energiewende, wird nun die mit der Energiewende angestrebte Klimaneutralität im Grundgesetz festgeschrieben und das ausgerechnet mit dem Segen der CDU, die viele im guten Glauben gewählt haben diesen Irrweg zu beenden oder zumindest zu korrigieren. Nachdem die CDU bereits in der Regierung Merkel mit einem Kniefall vor der grünen Antiatom Ideologie eingeknickt ist, folgt nun die Ignoranz der voraussichtlichen Regierung Merz. Eine Ignoranz gegenüber dem Souverän, dem eigenen Wahlprogramm aber auch eine Ignoranz gegenüber der weltweiten Energiepolitik und den Gesetzen der Physik. Um dieser energiepolitischen Geisterfahrt noch das Gütesiegel des deutschen Größenwahnsinns zu verleihen soll die Klimaneutralität jetzt nicht erst 2050 sondern schon 2045 erreicht werden und zwar ohne eine grundlastfähige CO2 freie Stromerzeugung wie die der Kernkraft. Die Rückkehr zur Kernkraft wird übrigens laut einer aktuellen Umfrage von 55 Prozent der Bevölkerung befürwortet und nur von 35 Prozent abgelehnt.

Damit sind die etablierten Parteien mal wieder dabei, sich in ihrer selbst geschaffenen Welt zu verlaufen. Stellen sich Probleme in den Weg so werden diese nicht etwa analysiert und korrigiert, sondern mit möglichst viel Geld zugeschüttet. Bei der Energiewende aktuell mit zusätzlich 100 Milliarden geliehenen Euros, mit denen sich Friedrich Merz den Weg ins Kanzleramt mit Hilfe grüner Politiker – von denen viele ihre Heimat auch in der CDU und SPD haben - erkaufte hat.

Dabei wäre eine Korrektur der Energiewende erstens nicht kompliziert und zweitens würde man dadurch viel Geld einsparen. Interessanterweise haben dies nach Bekanntwerden der Neuverschuldung sogar die Bosse der deutschen Energieversorger bestätigt. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung weisen sie darauf hin, dass mit einer besseren Balance zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit richtig viel Geld eingespart werden könne, nach vorsichtigen Schätzungen ein dreistelliger Milliardenbetrag. Das Wahlgeschenk an die Grünen hätte sich Friedrich Merz also locker sparen können.

Der Kardinalfehler der Energiewende – der Ausstieg aus der Kernenergie - wird im Koalitionsvertrag der GroKo konsequent ignoriert. Würden heute noch alle 17 Kernkraftwerke laufen deren Ende die rot grüne Regierung im Jahr 2000 mit Hilfe devoter Energieversorger beschlossen hat, wären wir mit dem stattgefundenen Ausbau der Regenerativen bereits seit einigen Jahren klimaneutral.

Getoppt wird die energiepolitische Ignoranz der GroKo noch durch Realitätsverlust und Größenwahn, dokumentiert im Koalitionsvertrages auf Seite 78. Gemäß Zeile 2526 soll der weltweit erste Fusionsreaktor in Deutschland stehen. Offensichtlich glaubt man, dass der Bau und Betrieb eines Fusionsreaktors in einem Land, dass gerade dabei ist seine Kernkraftwerke zu verschrotten und damit auch seine ganze fachliche Nuklear Expertise, in der Lage sein wird in zwei Jahrzehnten einen Fusionsreaktor ans Netz zu bringen. Dabei werden die fachlichen Gemeinsamkeiten der Technologien Kernspaltung und

Kernverschmelzung völlig ignoriert. In beiden Technologien sind Abschirmung und Strahlenschutz zentrale Herausforderungen. Beim Fusionsreaktor ist die Neutronenstrahlung wesentlich größer als beim Kernreaktor was dazu führt, dass das Material des Schutzmantels stärker geschädigt wird und starke Radioaktivität induziert wird. Um diese Probleme technisch zu lösen sind nicht nur profunde nukleare Fachkenntnisse erforderlich, sondern auch eine jahrelange Berufserfahrung die man sich nicht erwirbt, wenn man heute aus der Kernenergie aussteigt.

Aber es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu: ein Fusionsreaktor ist ein 20 Milliarden Großprojekt mit vielen interdisziplinären Schnittstellen. Die Fähigkeit ein solches Megaprojekt umzusetzen erwirbt man sich nicht beim Rückbau von Kernkraftwerken und schon gar nicht bei der Errichtung von Windrädern deren Technik noch aus der vorindustriellen Zeit stammt. Deutschland stellt tagtäglich unter Beweis, dass es seine Fähigkeit Großprojekte wie dem Bau eines Flughafens oder eines Bahnhofs umzusetzen verloren hat.

Allein der Blick auf den weltweiten Stand der Fusionstechnologie hätte bei den Koalitionären zu etwas mehr Zurückhaltung bei der Formulierung ihres Fusionsreaktor Zieles führen müssen. Die weltgrößte seit Ende 2023 in Betrieb befindliche Versuchungsanlage eines Kernfusionsreaktors steht in Japan (JT-60SA). Der im Bau befindliche europäische Iter-Reaktor steht im südfranzösischen Cadarache. Warum gerade in Cadarache? Frankreich betreibt 58 Kernkraftwerke und beherbergt mit Framatom und Orano weltweit führende Nuklearunternehmen. Damit ist Frankreich für die Herausforderungen des Baus neuer Kernkraftwerke und Fusionsreaktoren bestens aufgestellt. Dagegen herrscht in Deutschland schon heute ein Mangel an Strahlenschutzpersonal beim Rückbau der Kernkraftwerke. Der Realitätsverlust kann offensichtlich nur noch durch Größenwahn wettgemacht werden.

Eine weitere aktuelle Entwicklung im Bereich der Nuklearen Entsorgung und Endlagerung wird von den Koalitionären konsequent ignoriert. Immer mehr Länder erkennen, dass die in Leichtwasserreaktoren abgebrannten Brennelemente kein Abfall sondern ein Wertstoff sind der noch über 95 Prozent Uran 238 enthält. Das Uran kann modernen Molten Salt oder Dual Fluid Reaktoren als Brennstoff eingesetzt werden. Auf diese Weise kann nicht nur preiswert mit vorhandenen Wertstoffen Energie zur Stromerzeugung gewonnen werden, sondern auch die Menge und die Halbwertszeit des hochradioaktiven Abfalls drastisch reduziert werden. Offensichtlich verfolgt aber auch die zukünftige von der CDU geführte Regierung lieber den Weg diese Wertstoffe möglichst schnell unter die Erde zu bringen.

Für alle noch mal zur Erinnerung der Passus zur Kernenergie im CDU Programm vom Januar 2025:

„Wir befürworten die Forschung und Entwicklung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation, sowie von SMR (Small Modular Reactors) und beteiligen uns hierzu an europäischen Partnerschaften und internationalen Initiativen“.

Wie sagte Doktor Faust doch so passend in seinem Studierzimmer
„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“.

In Sachen Kernenergie hat die CDU hat mal wieder unter Beweis gestellt, dass sie zuverlässig unzuverlässig ist.

Es grüßt Sie bis zum nächsten Newsletter

Ulrich Gräber

ugraeber@t-online.de

+49 151 62817656



Ulrich Gräber geboren am 11. August 1948 studierte Maschinenbau und Betriebswirtschaft. Er startete seine berufliche Laufbahn bei der Kraftwerk Union AG (KWU) 1974, bei der er als Projektingenieur an der Planung und Errichtung beider Blöcke des Kernkraftwerks Philippsburg beteiligt war.

Von 1977 bis 1980 wirkte er bei Lahmeyer International u.a. an der Planung des deutschen Entsorgungszentrums für radioaktive Abfälle in Gorleben mit. 1981 wechselte Ulrich Gräber zur Motor Columbus/Colenco. Ab 1988 leitete er als Geschäftsführer die deutschen Niederlassung Colenco GmbH. In dieser Zeit war er Mitglied der Projektgruppe für die Planung und Errichtung des Kernkraftwerks Neckarwestheim II.

1991 wurde er Partner und geschäftsführender Gesellschafter der BTB Jansky GmbH. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Reorganisation von Kernkraftwerks-Betriebsorganisationen, sowie die Implementierung von nachhaltigen Programmen zur Effizienzsteigerung des Betriebs und der Instandhaltung.

1998 wurde Ulrich Gräber in den Vorstand der EnBW Kraftwerke AG berufen und war verantwortlich für das Technikressort. Im Zuge der Bildung der EnBW hat Herr Gräber sowohl als Berater und später als als Vorstand der Kraftwerksgesellschaft an der Verschmelzung mehrerer südwestdeutscher EVU zur EnBW mitgewirkt. Er hat umfassende Erfahrungen bei einer Verschmelzung und Neuausrichtung von Unternehmen zu beachtenden unternehmens-, arbeits- und vor allem atomrechtlichen Aspekten.

2002 machte er sich als Unternehmensberater im Bereich Energiewirtschaft & Energietechnik selbstständig. In dieser Zeit wirkte Ulrich Gräber außerdem aktiv am Aufbau des Zentrums für Energieforschung Stuttgart e.V. an der Universität Stuttgart mit dessen Geschäftsführung er von 2002 – 2005 innehatte.

Von 2007 bis Anfang 2012 war Ulrich Gräber Vorsitzender der Geschäftsführung der AREVA NP GmbH und Mitglied des EXCOM der Areva NP in Paris. In seiner Amtszeit wurden über 2500 Ingenieure neu eingestellt. In seiner Funktion als Chef der AREVA Deutschland hat er darüber hinaus aktiv am Zusammenwachsen der deutschen Siemens Nuklear Sparte mit der französischen Areva mitgewirkt.

Nach Beendigung seiner „operativen Laufbahn“ Anfang 2012 widmet sich Ulrich Gräber dem Consulting im Energiebereich und der Kernenergie.